

## Kalibergbau

# Grünes Salzwasserproblem

Großzügiger Umgang mit Abfällen des K+S-Konzerns: Öffentlicher Verband wirft Hessens Umweltministerin Hinz Versagen vor

Verstoß gegen EU-Recht, Verletzung des Vorsorgeprinzips, Gefährdung von Grundwasserschutz und Trinkwasserversorgung – die Vorwürfe an die Adresse der hessischen Umweltministerin Priska Hinz (Grüne) sind heftig: In einem »offenen Brief« hat die Allianz der öffentlichen Wasserwirtschaft (AöW) mit Datum vom 13. Oktober den geplanten Vertrag kritisiert, den das Bundesland mit dem Kali-Konzern K+S vereinbaren will. Laut Ankündigung der Ministerin sollen mit Hilfe eines Vier-Phasen-Plans »zur dauerhaften Lösung der Salzabwasserproblematik« Werra und Oberweser »wieder Süßwasserqualität« erreichen. Allerdings erst in mehr als 60 Jahren. Die AöW sieht darin einen Verstoß gegen die EU-Wasserrahmenrichtlinie (WRRL). Zudem würden künftige Landesregierungen gehindert, bessere und schnellere Entsorgungspraktiken durchzusetzen. Die AöW ist die Interessenvertretung der öffentlichen Wasserwirtschaft mit bundesweit mehreren tausend Mitgliedsverbänden und -firmen.

Die geplante Vereinbarung Hessens mit dem in Kassel ansässigen DAX-Konzern sieht vor, die Abbau- und Produktionsabwässer der Kaliindustrie zunächst durch eine neue Anlage um rund 20 Prozent zu verringern, aber weiterhin in den Untergrund zu verpressen. Ab 2021 soll die Entsorgung bis 2032 über eine neue Fernleitung in die Oberweser erfolgen und parallel dazu die Untergrundversenkung beendet werden. Erst anschließend will man mittels einer Teilabdeckung der Halden deren Auswaschung verringern. Bis 2075 wird dann wegen »Erschöpfung der Lagerstätten« die Kaliproduktion des Werkes Werra eingestellt.

Dem Anspruch der Landesregierung, mit diesem Plan die Entlastung des Naturraums Werra-Weser im Sinne der Umwelt und des EU-Wasserrechts erreichen zu wollen, widerspricht die AöW entschieden: Laut WRRL wären deren Ziele – unter anderem »guter Zustand« von Flüssen, Seen, Küstengewässern sowie Grundwasser (»Verbesserungsgebot«) – bis 2015 und mit Verlängerungsoption bis 2027 umzusetzen. Hessens Vorhaben, die Verpressung in den Untergrund erst bis 2032 zu beenden, bedeutet laut AöW, dass die Vorgaben der WRRL »in keinem Falle zu erreichen« seien. Vielmehr müsse eine Verschlimmerung des Zustandes der Gewässer befürchtet werden, was die EU-Richtlinie gleichfalls ausschließt (»Verschlechterungsverbot«). Die Vertragslaufzeit bis 2075 entkräftet den gleichzeitigen amtlichen Vorsatz, die Lösung des Problems Salzabwasserentsorgung »nicht nachfolgenden Generationen überlassen« zu wollen. Zumal laut AöW-Brief angesichts der langen Regenerationszeiten von Grundwasser befürchtet werden müsse, dass selbst dann noch kein »guter Zustand« zu erreichen sei. Der geplante öffentlich-rechtliche Vertrag sei »kaum mit dem Vorsorgeprinzip zu vereinbaren«.

»Unverständlich« findet es die Wasserwirtschaft in ihrem Schreiben an Hinz, dass andere Entsorgungsmöglichkeiten ignoriert werden, zumal K+S selbst (beispielsweise in Kanada) umweltverträglichere Verfahren einsetze. Der geplante Deal könne nur so bewertet werden, dass dabei wirtschaftliche Interessen vor Umwelt- und Naturschutz sowie vor der Sicherung der

Wasserversorgung stünden.

Wie zur Betonung hat das Umweltbundesamt (UBA) aktuell die sogenannte Eindampfungslösung untersucht. Nach einem Konzept der Sondershausener K-UTECH AG werden dabei unterschiedliche Produktions- und Haldenabwässer gemeinsam eingedampft, verwertbare Bestandteile abgetrennt und die hochkonzentrierten Reste untertage verfestigt. Das patentierte Verfahren wird von der Werra-Weser-Anrainerkonferenz (WWA), der Interessenvertretung betroffener Kommunen, sowie von Bürgerinitiativen seit Jahren gefordert, vom »runden Tisch« der Landesregierungen mit K+S aber ebenso beharrlich abgelehnt.

Die UBA-Experten kommen zu überraschenden Ergebnissen: Das Verfahren selbst bewerten sie als technisch machbar und sinnvoll. Sie bestätigen, dass die Investitions- und Betriebskosten deutlich näher an der K-UTECH-Schätzung als an der dreimal so hohen K+S-Prognose liegen müsste. Zum anderen empfehlen sie, das K-UTECH-Verfahren nicht weiterzuverfolgen: Die WRRL lasse dazu nicht genügend Zeit und zudem gebe es »derzeit keine erkennbare Bereitschaft bei K+S oder an anderer Stelle, die (...) noch erforderlichen Untersuchungen (...) zu finanzieren«. Nach Auffassung der Anrainerkonferenz ist das eine »unverständliche« Argumentation: Es komme schließlich »nicht darauf an, ob K+S sich weigert«, die Umsetzungsfristen bei Pipeline-Lösungen oder dem Hessen-Plan seien deutlich länger.

## Authors

Burkhard Ilschner

---

**Source URL (modified on 16 Okt 2014 - 19:29):** <https://www.jungewelt.de/inland/gr%C3%BCnes-salzwasserproblem>